

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Integrationsrat	16.04.2013
Ausschuss Soziales und Senioren	11.04.2013
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	22.04.2013

Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu

Der erste Teil der Ergebnisse des Forschungsprojektes „Rechtsextremismus im Türkischen Milieu, Rahmenbedingungen des Rechtsradikalismus“, der sich mit den allgemeinen Rahmenbedingungen für die Entstehung rechtsnationaler Tendenzen und Vereinigungen mit Bezug zum Herkunftsland Türkei befasste, wurde in 2009 beendet und in 2010 vorgelegt. Von den politischen Fachgremien wurde der Wunsch nach Fortsetzung der Studie zur Gewinnung empirisch fundierter Ergebnisse geäußert und die Verwaltung wurde beauftragt, nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

Die Verwaltung hat in Folge nach Gesprächen mit dem Land dann im November 2011 eine Vorlage über die „Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu“ in die Beratungsfolge der politischen Gremien eingebracht, da sich zu diesem Zeitpunkt eine Finanzierungsmöglichkeit für die geplante Folgeuntersuchung durch Co-Finanzierung aus Landesmitteln abzeichnete.

Im Integrationsrat wurde dann die geplante Finanzierung der Studie kritisiert, da diese neben einer Beteiligung des Landes NRW in Höhe von 30.000 € einen kommunalen Anteil von 10.000 € aus städtischen Mitteln für Antirassismus-Training vorsah. Letzteres wurde abgelehnt. Gleichzeitig zeichnete sich in den politischen Gremien und der Stadtgesellschaft eine von Unverständnis, Betroffenheit und großer Emotionalität geprägte Debatte über mögliche Versäumnisse der Ermittlungsbehörden im Zusammenhang mit den sogenannten NSU-Anschlägen ab, von denen auch viele türkei-stämmige Kölnerinnen und Kölner in der Keupstraße in Köln-Mülheim betroffen waren.

Aus diesen Gründen hat die Verwaltung die Vorlage zurückgezogen, hat aber im Laufe der Debatte - zuletzt in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 26.01.2012 - mehrfach festgestellt, dass sie das Thema von möglichen rechtsnationalen oder rechtsradikalen Tendenzen oder Entwicklungen in allen Gruppierungen der Gesellschaft sehr ernst nimmt und an der Durchführung der Untersuchung zu einem späteren Zeitpunkt festhält.

Die für das Jahr 2012 erneut geplante Vergabe des Auftrags zur Durchführung der Studie unter Einsatz der für 2012 zugesagten Landesmittel konnte durch das späte in Krafttreten des städtischen Haushaltes nicht mehr realisiert werden. Das Innenministerium des Landes NRW sagte jedoch zu, die Verfügbarkeit der Mittel für die Bezuschussung der Studie in 2013 zu prüfen.

Das Ministerium hat im März 2013 mitgeteilt, dass eine Bezuschussung aus Landesmitteln im aktuellen Haushaltsjahr leider nicht erfolgen kann. Die Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten der Studie führte insofern bislang nicht zum gewünschten Ergebnis. Die Verwaltung bemüht sich daher weiter um die erforderliche Akquirierung von Drittmitteln zur Umsetzung des Vorhabens und wird bei Veränderung der Sachlage erneut berichten.

Gez. Reker